

Wilsdruffer Tageblatt

Zersprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ordnung! Gleich mit Wilsdruff der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bestellungen bei der Expedition monatlich 20, durch unsere Vertreter in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierteljährlich 70, halbjährlich 130, jährlich 250. Die Postgebühren sind in der Expedition zu zahlen. Im Falle Abwesenheit des Abonnenten ist der Postbote zu beauftragen. Im Falle Abwesenheit des Abonnenten ist der Postbote zu beauftragen. Im Falle Abwesenheit des Abonnenten ist der Postbote zu beauftragen.



Bestellungspreis 20, für die 6 gebundenen Monatshefte oder deren Namen, Resten, die 2 Hefige Monatshefte 20, bei Wilsdruff und Umgegend anstehender Preisnachlass. Bestellungen im entfernten Teil nur von (Zahlung) die 2 gebundenen Monatshefte 20, Nachzahlungs-Heft 20 Pf. Anzeigenpreise sind vermerkt 10 Pf. für die Zeile für die Dauer der ersten 10 Zeilen. Übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Anzeigenschreiber ist verpflichtet, wenn der Anzeiger durch einen anderen ersetzt werden muß, dies dem Auftraggeber in Kenntnis zu setzen.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Dässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 96

Dienstag den 25. April 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Mittwoch den 26. April vormittags 9—1 Uhr

Ausgabe der neuen Kohlenbezugscheine

für Kleinverbraucher

Wilsdruff, am 22. April 1922.

Der Stadtrat.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Vorkonferenzkonferenz hat der deutschen Regierung eine Note überreicht, in der die Kontrolle über Meer, Marine und Luftfahrt neu geregelt wird.
- * Reichskanzler Dr. Wirth und Minister Dr. Rathenau wurden in Genua vom König von Italien empfangen.
- * Der Reichspräsident hat den neu ernannten Vorkonferenzpräsidenten, Houghton, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen.
- * Der Reichs-Landbund wendet sich in einer Entschlüsselung scharf gegen jede Wiederholung der Getreideumlage.
- * In dieser Woche begeben sich der belgische und französische Kriegsminister nach Koblenz und von da nach Duisburg und Ruhrort.
- * Die französische Delegation in Genua hat gegen die deutsche Antwort und den deutsch-russischen Vertrag formell Einspruch erhoben.
- * Nach einer russischen Blättermeldung sind in Moskau die Mitglieder des ehemaligen deutschen Gesandten, Grafen Wirbach, verhaftet worden.

Paris gegen Genua.

Kein Zweifel, die Konferenz von Genua ist, nach der mühseligen Velleitung des sogenannten deutschen Zwischenfalls, in eine neue Krise hineingeraten. Frankreich steht auf dem Sprung, einen Dolchstoß gegen die Konferenz zu führen, und es scheint im Augenblick nur das eine noch nicht festzustehen, auf welchem Wege diese Absicht ausgeführt werden soll. Wieder über den deutschen Sündenbock herzufallen und ihn für alles Unglück verantwortlich zu machen, geht nicht mehr an, nachdem Lloyd George auf dem großen Journalistenempfang den Streit um den deutsch-russischen Vertrag vor den Ohren der ganzen Welt als beigelegt bezeichnet hat. Möglich, daß er sich dabei der ausdrücklichen Zustimmung seiner französischen Konferenzkollegen nicht vorher vergewissert hat; er wird dann dazu schon seine guten Gründe gehabt haben. Jedenfalls muß jedes Aufbegehren Frankreichs gegen den Vertrag von Rapallo sich nunmehr gegen den britischen Premierminister und gegen die überwiegende Mehrheit der Konferenz richten, während Deutschland und Rußland, gebettet durch die zustimmende Aufnahme unserer Note von Seiten der führenden Konferenzmächte, in die zweite Reihe zurücktreten dürfen.

Das Bewußtsein dieser Schwäche ihrer Position scheint denn auch die französischen Staatsmänner einigermaßen in Verwirrung gebracht zu haben. Mehr und mehr heißt es, daß Barthous Rolle in Genua so gut wie ausgespielt sei, da er es nicht verstanden habe, die Velleitung des deutschen Zwischenfalls ohne eine gleichzeitige Zurückziehung des Vertrages von Rapallo zu verhindern. Wieder wird angeführt, daß Poincaré in höchstgelegener Person nach Genua eilen werde, um die verfahrenen Sache nach Möglichkeit noch einzureufen. Und um die Verlegenheit zu verbergen, in der man sich befindet, wird mit wichtigerer Miene eine Inspektionsreise angekündigt, die der französische und der belgische Kriegsminister in der kommenden Woche nach dem besetzten Rheingebiet antreten sollen. Gleichzeitig hat man bei dem Vorsitzenden der Genua-Konferenz förmlichen Einspruch gegen den Inhalt der deutschen Antwortnote erhoben lassen, diesmal mit der Begründung, daß der deutsch-russische Vertrag gegen die Bedingungen von Cannes verstoße. Der Versailles-Friedensvertrag scheint also jetzt auch für Frankreich nicht mehr als veraltet zu gelten. Die Bevollmächtigten der Großen und der Kleinen Entente, in deren Namen der geharnischte Einspruch gegen den deutsch-russischen Vertrag ergangen war, sollen zu einer neuen Besprechung über die Lage einberufen werden; eine Forderung, der der italienische Ministerpräsident wohl überliefert entsprechen müssen. Ihm und seinem auswärtigen Kollegen Schanzer wird dann die Aufgabe zufallen, den französischen Einspruch so oder so aus der Welt zu schaffen, denn in erster Reihe waren es die italienischen Staatsmänner, die sich um die Velleitung des deutschen Zwischenfalls die größte Mühe gegeben haben, und die sich durch eine nachträgliche Sprengung der Konferenz am schwersten getroffen fühlen müssen. Hier wird wieder einmal guter Rat teuer sein, in dessen darf nicht übersehen werden, daß die Stimmung in der französischen Öffentlichkeit am Ende der zweiten Genua-Woche lange nicht mehr so einheitlich war wie zu ihrem Beginn, und daß es schon ganz besonderer Anstrengungen des Herrn Poincaré bedürfen würde, wenn er die Meinung der Welt für einen schroffen Bruch in Genua gewinnen wollte.

Es kommt hinzu, daß auch in der russischen Frage offenbar scharfe Gegensätze zwischen der englischen und der

französischen Auffassung vorhanden sind. Auch hier scheint Lloyd George bereit zu sein, die Streitfrage endlich zu begraben, wenn nur die Russen in einigermaßen verständiger Weise die Hand zum Frieden bieten. Frankreich dagegen rückt seine Vorkriegsforderungen an den ehemaligen Verbündeten mit so großer Vehemenz in den Vordergrund, daß der Instinkt der Sowjetseite sich unfehlbar dagegen aufbäumen muß. Ist schon genügend kostbare Zeit mit der Behandlung dieser Frage in Genua verströbt worden, so läßt sich kaum absehen, wie man überhaupt zum Schluß kommen will, wenn nicht auch in diesem Falle der Stärkere endlich einmal nachgibt. Frankreich führt wohl seine Großmut ebenso wie seine Friedensliebe immer nur im Munde, ist dabei aber jeden Augenblick bereit, mit der Faust dreinzuschlagen, wenn es ihm einmal nicht gelingt, durch seine hochtönenden Phrasen die Welt seinen grenzenlosen Machtinteressen gefügig zu machen. Die Russen fühlen heute so wie wir Deutsche, daß die Franzosen es sind, die aus nacktem Eigennutz die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen wollen, und so ist neben der Gemeinsamkeit unserer Wirtschaftsinteressen in diesem Punkte auch eine Art Gefühlsgemeinschaft zwischen Deutschland und Rußland entstanden, die sich, es mag uns nun passen oder nicht, schon in sehr naher Zeit vielleicht entscheidend zu bewähren haben wird.

Der Kanzler gegen die Vogel-Strauß-Politik.

Reichskanzler Dr. Wirth hielt anlässlich eines Empfanges der deutschen Kolonie durch den deutschen Botschafter in Rom eine Ansprache, in der er zunächst betonte, daß alle Geneser Arbeiten nur Schicksal bleiben, solange durch die Abwesenheit Amerikas nicht der ganze Wiederaufbau der gesamten Weltwirtschaft ins Auge gefasst werden kann. Den deutsch-russischen Vertrag rechtfertigte er durch den Hinweis darauf, daß das Londoner Memorandum allein das endgültige Todesurteil über jeden Wiederaufbau Rußlands bedeuten hätte und wir außerdem in eine Schuldenwirtschaft auch nach Osten geraten wären. Durch den Vertrag haben wir den Ring der Schuldnechtschaft, der uns bedrohte, vermieden. Weiterhin spielte der Kanzler deutlich auf die Wiedergutmachungsfrage an, indem er sagte, diejenigen Fragen seien die wichtigsten, von denen man hier nicht spricht. Dadurch, daß man den Kopf in den Sand steckt, kann man diese Aufgaben nicht aus der Welt schaffen. Der Reichskanzler erinnerte in diesem Zusammenhang an die Antwort der Bank von England, wonach unter den gegenwärtigen Zahlungsbedingungen Deutschland nicht kreditfähig sei. Deutschland ist, so schloß er, kein politisches Chaos, sondern bei allen tiefen Meinungsverschiedenheiten gibt es für dieses schwergeprüfte Volk ein gemeinsames Ziel, nämlich die Wiederaufrichtung der politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit im Rahmen der europäischen Gemeinschaft.

Eine bedeutungsvolle Stimmhaltung.

Aus den zahlreichen Kommissionsitzungen in Genua, in denen viele Spezialfragen eingehend erörtert werden, ist eine Abstimmung in der zweiten Unterkommission der Wirtschaftskommission hervorzuheben. Dabei handelte es sich um eine die gewerblichen Schatzpreise betreffende Bestimmung der Londoner Sachverständigenvorläufe, wonach im allgemeinen die durch Krieg und Revolution beeinträchtigten Schutzrechte wieder hergestellt werden, wonach aber die zu Ungunsten Deutschlands im Versailles-Vertrage vorgesehenen Ausnahmen von diesem Grundsatz bestehen bleiben sollen. Die deutsche Delegation hat in dieser Sitzung die Erklärung abgegeben, daß sie es nicht für gerechtfertigt halte, wenn Deutschland hierbei durch den Vorbehalt des Versailles-Vertrages einseitig zu seinen Ungunsten ausgenommen werde. Daher bleibe der deutschen Delegation nichts übrig, als sich bei der Abstimmung der Stimme zu enthalten. Das gleiche tat auch der österreichische Vertreter, welcher sich der deutschen Erklärung ausdrücklich angeschlossen hatte.

Königsbesuch in Genua.

Die Beratungen der Konferenz erfuhren am Sonntagabend eine Unterbrechung durch den Besuch des italienischen Königs, der auf einem Kriegsschiff im Hafen eintraf und von der Bevölkerung und den Truppen begeistert begrüßt wurde. Er empfing sämtliche Delegationen. Auch Reichskanzler Dr. Wirth und Dr. Rathenau, sowie Tschitschewin waren vom König eingeladen, ihm an Bord seines Schiffes einen Besuch abzustatten.

Die zukünftige Entente-Kontrolle.

Neue Lasten gegen einige Erleichterungen. Die Vorkonferenzkonferenz in Paris hat dem deutschen Botschafter eine Note überreicht, die sich mit der Regelung der Militär-, Marine- und Luftfahrtkontrolle befaßt. Der erste Teil der Note beschäftigt sich mit den Garantien für Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Luftschiffahrt. Danach sind 13 Offiziere, sowie 22 Unteroffiziere und Mannschaften der Alliierten als Überwachungskomitee vorzusehen. Mit Ermächtigung des

Vorsitzenden dürfen sie jede Fabrik oder Anlage für das Flugwesen und alle Anlagen für Herstellung, Lagerung oder Verkauf von Luftfahrzeuggeräten besuchen und besichtigen. Unterhalt und Kosten tragen die Regierungen.

Drosselung deutscher Arbeit und Erfindung.

Die Deutschland nach den aufgestellten Richtlinien belassenen Maße, Geschwindigkeit und Borrichtungen, die künftig die Höchstgrenze der deutschen Luftfabrikation darstellen sollen, bedeuten ungefähr die Mindestgrenze der Leistungsfähigkeit der ausländischen Flugzeuge. Nur durch die Geschwindigkeit ist der Luftverkehr den anderen Verkehrsmitteln überlegen. Die uns erlaubte Geschwindigkeit für Flieger von 170 Kilometern ist bereits erreicht und überschritten. Verbesserungen des deutschen Materials sind daher in absehbarer Zeit ausgeschlossen. Der Aktionsradius wird derart begrenzt, daß nicht einmal die Grenzen Deutschlands ohne Zwischenlandung von Berlin aus erreicht werden können. Die Luftkraft, die mitgenommen werden kann, wird unter gewissen Voraussetzungen auf 600 Kilogramm eingeschränkt. Das Ausland geht heute schon über das Dreifache von 600 Kilogramm. Der Bau von Luftschiffen ist sozusagen unmöglich gemacht. Das Ausland kann außerdem heute hinter jedes deutsche Fabrikationsgeheimnis kommen.

Abbau überflüssiger Kontrolle.

Die Erleichterungen, welche die Note für Deutschland ankündigt, bestehen in folgendem: Die Marine-Kontrollkommission soll in absehbarer Zeit vollständig abberufen werden, die Militärkontrollkommission dagegen soll (wie die Luftfahrtkommission) durch ein Garantiekomitee abgelöst werden, dessen Kosten und Unterhaltung nicht mehr Deutschland, sondern die alliierten Mächte selbst tragen. Die Tätigkeit der zahlreichen Entente-Militärs, von denen zwei Generäle ein Einkommen aus dem deutschen Reichs- und mehr bezüehlen als das gesamte Reichskabinett mit Einschluß des Reichspräsidenten, soll zu Ende gehen. Hunderte von unruhig verschleuderten Millionen werden dadurch erspart. Die beiden Garantiekomitees werden vorgelesen mindestens für die Zeit bis zur Klärung der Kölner Besatzungszone, die nach dem Friedensvertrag fünf Jahre nach seinem Inkrafttreten erfolgen soll. Es wird in der Note zum ersten Male offiziell anerkannt, daß diese Frist zu laufen begonnen hat.

Die schwebenden Geschäfte, die noch von den bisherigen Kommissionen abgewickelt werden sollen, sind spätestens bis zum 1. Oktober dieses Jahres zu erledigen. Von der deutschen Regierung wird verlangt, daß sie diese Forderungen anerkenne, für angemessene Unterkauf des Komitees Sorge, ihnen die diplomatischen Vorrechte und das Recht der Exterritorialität einräumen und ihnen eine amtliche Stelle bezeichne, welche die deutsche Regierung gegenüber dem Komitee vertritt. Der Vorschlag solcher Komitees, der offenbar als Erleichterung gemeint ist, bedeutet eine Neuerung gegenüber dem Vertrag von Versailles, denn darin ist von einer solchen Einrichtung keine Rede.

Russische Zugeständnisse und Bedingungen

Mitarbeit am Wiederaufbau. — Formelle Anerkennung.

Nach der deutschen Antwortnote ist in Genua nun auch die mit Spannung erwartete Antwort der Russen auf das von den Alliierten überreichte Memorandum veröffentlicht worden. Am 15. April hatte Lloyd George in Ergänzung der bekannten großen Londoner Denkschrift über den Wiederaufbau den Russen noch

eine kurze Note übergeben,

in der die Alliierten sich mit Rücksicht auf die ernste wirtschaftliche Lage Rußlands bereit erklärten, die russischen Kriegsschulden in einer gewissen Höhe abzuschreiben und die aufgelaufenen Zinsen zu ermäßigen. Dagegen könne hinsichtlich der Schulden und finanziellen Verpflichtungen, die Rußland fremden Staatsangehörigen gegenüber hat, und des Rechts solcher fremden Staatsangehörigen auf Rückgabe ihres Eigentums oder Schadenersatz kein Einigenskommen erzielt werden. Nunmehr hat Tschitschewin sich in der Antwortnote mit diesen Bedingungen im wesentlichen einverstanden erklärt. Jedoch fordert er seinerseits, daß die russischen Kriegsschulden und die Zinsrückstände aller Schulden vermindert werden und daß ein angemessener finanzieller Beistand Rußland bewilligt werde, um ihm zu helfen, aus seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage so schnell wie möglich herauszukommen. Die russische Regierung ist ferner bereit, den bormaligen Eigentümern die Rückgabe ihrer nationalisierten oder beschlagnahmten Güter wieder zu geben, oder ihren berechtigten Forderungen Genüge zu tun. Ein